

was ihm frommt, auch Kinder können ihre Lage beurteilen...; notfalls macht man selbst aus den niedrigsten Bedürfnissen noch ein Freiheitsideal, mögen Kinderrechte und Jugendschutz dabei auch vor die Hunde gehen.

Beide – das Pornogeschäft mit Zulieferern und Endverbrauchern und die pseudoreligiösen Ausbeutungsorganisationen – liegen weit auseinander und sind doch eine *gemeinsame Frage* an die liberale (tolerante) Gesellschaft wie an den freiheitlichen Staat: wie weit darf die eigene Façon, selig zu werden, in Anspruch genommen werden und wo muß mit welchen Mitteln jeweils zum Schutz der Würde Dritter Freiheit eingeschränkt werden?

Und was Gesinnungspolizei und Gesinnungsschnüffelei betrifft: Sie könnte im „privaten“ Ambiente penetranter werden als bei punktuellen Aktionen gegen betrügerisch agierende Großorganisationen, wenn die Aufmerksamkeit der Nachbarn für das geweckt werden soll, was in deren Umfeld zwischen den eigenen vier Wänden vor sich geht. Und doch könnte solche Penetranz zur Mobilisierung gesellschaftlicher Abwehrkräfte angesichts der Vereinzelung der Familien und des Ausfalls „naturwüchsiger“ Sozialkontrolle unvermeidlich werden. *se*

## 320 Hektik

336 *Die Bischofssynode und das Jahr 2000*

Das Generalsekretariat der Bischofssynode unter Leitung des belgischen Kurienkardinals *Jan Schotte* ist derzeit wirklich nicht zu beneiden. Für 1997 ist eine Sonderversammlung der Bischofssynode für *Amerika* vorgesehen, für 1998 eine ebensolche für *Asien*. Seit dem jüngsten Deutschlandbesuch Johannes Pauls II. (vgl. HK, August 1996, 392 ff.) ist bekannt, daß zur Vorbereitung auf das Jubiläumsjahr 2000 auch eine zweite Sondersynode für *Europa* stattfinden soll. Für *Ozeanien* wiederum könnte eine Regionalsyn-

ode „nützlich sein“, so der Papst in seinem Schreiben „*Tertio millennio adveniente*“ von Ende 1994.

Die Vorbereitung für die Amerika- und Asiensynode ist jetzt mit der Veröffentlichung der „*Lineamenta*“ für beide Ereignisse Anfang September angelaufen. Nach dem für Bischofssynoden üblichen Prozedere sollen die erwarteten Stellungnahmen aus den Ortskirchen der beiden Kontinente zu diesem ersten Vorbereitungspapier dann zur Erarbeitung eines „*Instrumentum laboris*“ für die jeweilige Versammlung dienen. Ein thematischer Aufriß für die Arbeit der Synoden wollen die „*Lineamenta*“ ausdrücklich nicht sein.

Sie belegen allerdings – unfreiwillig – die *Verlegenheiten*, die mit der Häufung von Sondersynoden in den nächsten Jahren verbunden sind. Beide Texte enthalten über weite Strecken theologische Ausführungen zu Jesus Christus, seinem Heilswerk und der Kirche, die mühelos auch in jedem anderen lehramtlichen Dokument unterzubringen wären. Es finden sich die vertrauten Versatzstücke und Stichworte zur kirchlichen Gegenwartsanalyse von Materialismus und Egoismus bis zur fehlenden Lehramtstreue. Es wird wie üblich reichlich aus schon vorliegenden päpstlichen Dokumenten zitiert; die Hinweise zur gesellschaftlichen, religiösen und kirchlichen Situation in Amerika bzw. Asien bleiben weithin allgemein und oberflächlich. Die ständig hergestellte Beziehung der einzelnen Themen zum Jahr 2000 wirkt ausgesprochen künstlich.

Natürlich unterscheidet sich der Sinn oder Unsinn kontinentaler Sondersynoden nicht an solchen Vorbereitungsdokumenten. Aber die Frage, ob es solche Veranstaltungen wirklich braucht oder wem sie nützen, ist nicht abzuweisen. Die lateinamerikanischen Bischöfe haben sich erst 1992 zu ihrer vierten Generalversammlung in Santo Domingo getroffen und dabei ein umfangreiches Schlußdokument zu den Aufgaben der Kirche in ihrem Subkontinent verabschiedet. In Asien leistet die Vereinigung der asiatischen Bischofskonferenzen seit Jahr und Tag

qualifizierte theologische Arbeit, gerade im Blick auf das für weite Teile dieses Erdteils brennende Problem des Verhältnisses zu den nichtchristlichen Religionen. Was können Sonderversammlungen der Bischofssynode darüber hinaus eigentlich erbringen?

Der Idee einer gesamtamerikanischen Synode läßt sich durchaus manches abgewinnen. Schließlich sind die ökonomischen Verflechtungen zwischen Nord- und Südamerika eng, stellen die „*Hispanics*“ eine immer gewichtigere Minderheit in den USA, kommen die meisten Sekten und religiösen Gruppen, die der katholischen Kirche in Lateinamerika so schwer zu schaffen machen, aus der Nordhälfte des Kontinents. Aber ist die kulturell-pastorale Situation von Nord- und Südamerika nicht doch so unterschiedlich, daß eine gemeinsame Synode davon eher blockiert als befruchtet werden könnte?

Letztlich geht es hier wieder um das ominöse Jahr 2000, auf dessen Vorbereitung man derzeit quer durch die Weltkirche viel Mühe verwendet. Aber wem ist in Kirche und Welt damit gedient, wenn jetzt allen möglichen pastoralen Vorhaben das Etikett „*Jubiläumsjahr 2000*“ angeheftet wird, ohne daß es von der Sache her zwingend und einsehbar wäre? Die katholische Kirche rühmt sich gerne ihres langen Atems und wird immer wieder auch von außen um diesen beneidet. Gerade darum ist nicht einzusehen, warum jetzt im Blick auf das Jahr 2000 soviel – gerade auch synodale – Hektik praktiziert wird. *ru*

## Kunde Kirche

*Südwestdeutsche Bistümer bilanzieren gemeinsame Öffentlichkeitsinitiative*

Vier Bischöfe boten per Telephon und für jedermann eine Mischung aus Lebenshilfe, Kummerkasten und Motzecke; Foto-Plakate wiesen Passanten darauf hin, daß für die katholische Kirche das Thema Tod kein Tabu sei, sich

kirchliche Mitarbeiter ganz schön „für andere abstrampeln“ und sie zeigten einen gewinnend lächelnden Kapuziner, der einen „anderen“ Lebensentwurf als Alternative zu „Horoskopen, Gurus und Trendberatern“ präsentiert. Deutlich erkennbar an Nicht-Insider adressierte Broschüren informierten über die Verwendung von Kirchensteuern, bemühten sich, kirchliche Haushalte und Finanzpläne verständlich zu machen; Pfarrgemeinderatswahlen wurden durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Alle diese Aktionen waren Bestandteil einer groß angelegten „Öffentlichkeitsinitiative“ der Diözesen Limburg, Mainz, Speyer und Trier. Die auf drei Jahre angelegte „Kommunikationsoffensive“ – unter dem etwas blauen Slogan „Wir sind nicht nur sonntags da“ – wurde in diesem Sommer offiziell beendet und bilanziert, der Prozeß selbst in einer siebzigseitigen Broschüre, aufwendig und erkennbar „zeitgemäß“ und attraktiv gestaltet, dokumentiert. Die Initiatoren waren zufrieden: Der Mainzer Bischof *Karl Lehmann* sprach von einem „wegweisenden Experiment“, von dem er hoffe, daß es auch für andere Diözesen „Pionierarbeit“ geleistet habe. „Strategische Ansätze“ und „innovative Instrumente“ für die künftige kirchliche Öffentlichkeitsarbeit geliefert zu haben, wünschen sich auch die Autoren der Dokumentation.

Die Initiative hatte eine doppelte Aufgabenstellung: zum einen sollten kirchliche Kommunikationsprozesse und -strukturen wie auch die in den Bistümern praktizierte Öffentlichkeitsarbeit einmal gründlich unter die Lupe genommen werden. Zum anderen aber wollte man auch direkt etwas für die Verbesserung der Kommunikation, innen wie nach außen, tun. Daß an diesem Punkt Handlungsbedarf besteht, ist kaum zu bestreiten. „Dialog“ ist zum zentralen Schlagwort, zur wichtigsten Richtungsanzeige für dringende Reformen geworden. Eine fehlende Dialogkultur in der Kirche trägt für viele die Hauptschuld an der weitverbreiteten Mißstimmung. Nicht nur, aber auch die hohen Austrittszahlen

weisen zudem auf unbestreitbare Imageprobleme der Kirchen hin. Anfangs sollte die später mit gutem Grund viel umfassender angelegte Öffentlichkeitsinitiative eine schlichte Kirchensteuerkampagne sein.

Für die mit großen Erwartungen verbundene Initiative haben sich die Bistümer „Profis“ von außen zu Hilfe geholt, die Frankfurter Public Relation Agentur „ABC“, und damit eine jüngere, begrüßenswerte Entwicklung fortgeschrieben. Aber immer noch ist dieser Rückgriff auf außenstehende Experten weder einfach noch selbstverständlich, auch wenn in einigen Seelsorgereferaten Organisations- und Systemberater Hilfestellung leisten oder die Evangelische Kirche in Bayern den Gemeinden des Stadtdekansates München die renommierte Unternehmensberatung McKinsey ins Haus schickte.

Bis professionelle Kompetenz und der nüchterne, der emotionslos und oftmals schonungslos offene Blick von der Außenperspektive her ihre erhoffte Wirkung entfalten, entsteht erst einmal viel Klärungs- und Erklärungsbedarf über das Spezifische des „Kunden“ Kirche. Auch die Dokumentation der Öffentlichkeitsinitiative macht dies anschaulich. Sie beschreibt einen mühsamen wechselseitigen Kennenlernprozeß: Die einen hatten sich mit dem Status des „gewöhnlichen“ Kunden mit vielen Kommunikationsproblemen zu arrangieren. Den Profis begegnete ein im letzten dann doch „besonderer“ Kunde, der beispielsweise erst einmal in seiner Vielzahl von „Gruppenidentitäten“ zu entdecken war.

Vor allem aber hatten die Verantwortlichen erst einmal einiges an Skepsis und Argwohn in den eigenen Reihen auszuräumen. Da es die Profis nicht zum Nulltarif gibt, stellt sich für viele zuallererst die Frage, ob das Geld, in Zeiten knapper Kassen zumal, nicht besser in soziale Dienste investiert sei. Besonders aber gegenüber „weltlicher“, professioneller Öffentlichkeitsarbeit bestehen Vorbehalte, nicht zuletzt weil sie zumeist mit schlichter „Werbung“, und diese wiederum mit

Anstand und Ehrlichkeit abholder Manipulation gleichgesetzt wird.

Ein Gutteil der Ablehnung mag dabei auch eine Reaktion auf übersteigerte Erwartungen sein: Auch eine noch so perfekt inszenierte Öffentlichkeitskampagne wird weder Kirchenbänke füllen, noch zusätzliche Millionen an Kirchensteuern einbringen oder Kommunikationsbarrieren quasi über Nacht zerschlagen. Die Verantwortlichen der Öffentlichkeitsinitiative hatten sich aber vor allem gegen das Mißverständnis zu wehren, ihnen gehe es um eine klassische Werbekampagne. Manche Medien, die über diesen spektakulären Vorstoß fleißig berichteten, taten ihnen hier einen Bärendienst.

Die in der Dokumentation aufgeführten „Erfahrungen und Einsichten“ decken sich zum Teil mit den Ergebnissen und Empfehlungen einer Untersuchung über Struktur und Effizienz kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit, das das Gemeinschaftswerk Evangelischer Publizistik bei den ebenfalls renommierten Unternehmensberatern Kienbaum und Partner in Auftrag gegeben hatten: etwa im Postulat, Öffentlichkeitsarbeit müsse zur Sache der Führungsebene und gleichzeitig im Bewußtsein aller kirchlicher Mitarbeiter fest verankert werden. Aus beiden Untersuchungen ergab sich aber vor allem die Forderung: „Kirche muß sich in ihrer Außendarstellung stärker auf ihre dem Glauben entspringenden Kernleistungen und -themen besinnen. Als reiner Dienstleistungsanbieter neben anderen hat sie keine Zukunft.“ Kienbaum und Partner hatten ein deutliches und identifizierbareres Profil angemahnt: die Kirchen sollten in der Öffentlichkeit selbstbewußter auftreten, die christliche Botschaft und die kirchliche Arbeit offensiver und offen nach außen tragen und darstellen. Ängste, die Professionellen von außen würden das Spezifische und Eigentliche der Kirche verkennend nur die gefällige Anpassung an Zeitgeist und modische Themen empfehlen, scheinen demnach unbegründet.

Bezüglich der heiklen Frage nach dem Rückgriff auf externe Beratung habe,

so die Dokumentation zur Öffentlichkeitsinitiative der Bistümer, der wechselseitige Lernprozeß gezeigt: Solche Beratung konfrontiere die Kirchen mit ihrer Fremdwahrnehmung, mit ihrem eigenen Image; externe Beratung könne besser als kircheneigene Kräfte inspirieren und zum Einsatz innovativer Mittel motivieren. Allerdings dürfe sie nie zum Selbstzweck werden und könne für die Kirche nur erfolgreich sein, „wenn sie die besonderen Rahmenbedingungen kirchlicher Kommunikation berücksichtigt“. fo

## Diskrepanz

*Warum soziale Dienstpflicht, wenn es für „Freiwillige“ zu wenig Plätze gibt?*

Nach Mitteilung von Bundesjugend- und Familienministerin *Claudia Nolte* begannen zum 1. September dieses Jahres 8100 junge Menschen (ganz überwiegend Mädchen) im Alter zwischen 17 und 27 ihr Freiwilliges Soziales Jahr. Zum gleichen Zeitpunkt traten 1100 Jungen und Mädchen ihren Dienst im Rahmen des erst vor zwei Jahren eingeführten Freiwilligen Ökologischen Jahres an. Dabei überstieg in beiden Bereichen die Zahl der Bewerber die zur Verfügung stehenden Plätze bei weitem, beim Freiwilligen Sozialen Jahr rund um das Zweieinhalbfache, beim Freiwilligen Ökologischen Jahr fast um das Fünffache. Man könnte über dieses Mißverhältnis entsetzt sein; ganz verwunderlich ist zumindest die hohe Nachfrage, deren Ausmaße allerdings auch nicht überschätzt werden dürfen, jedoch nicht.

Die Bewerberzahlen nehmen seit Jahren zu. Dies spricht keineswegs nur für die Güte des Instituts und ist für sich genommen auch kein Beweis für ein wachsendes soziales Interesse oder gar Engagement unter jungen Menschen, sondern hat höchst unspektakuläre Ursachen: Die Lehrstellen sind knapp, also sucht mancher (manche) ein vorübergehendes Unterkommen. Die Le-

benschancen, die sich einem bieten, sind unübersichtlich und schwer kalkulierbar; man kennt die eigenen Fähigkeiten und Neigungen noch nicht zur Genüge.

Man will Erfahrungen sammeln; sehen, was man sich selbst zutrauen kann und mag. Vielleicht klärt sich dabei der einzuschlagende berufliche Weg. Und eine berufliche Empfehlung ist ein freiwillig geleistetes soziales Jahr allemal. Träger- und Begleitorganisationen haben sich längst auf diese gegenüber der rein sozialen Zielsetzung deutlich veränderte Erwartungshaltung eingestellt.

Einigermaßen seltsam wirkt allerdings das weite Zurückbleiben des Angebots hinter der Nachfrage. Keine zehntausend Plätze in der ganzen Bundesrepublik, ein Einfühlungs- und Leistungsausweis für die unmittelbar dafür Verantwortlichen ist das nicht. Landauf, landab ist aus den Wohlfahrtsverbänden zu hören, ganze Einrichtungen würden zusammenbrechen, gäbe es die *Zivildienstleistenden* nicht, und dann soll es nicht möglich sein, einige tausend Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres mehr unterzubringen?

Die Wohlfahrtsverbände als direkt Angesprochene klagen über die Knau-serigkeit der öffentlichen Hände. Bund und Länder verweigerten die für die Einrichtung von solchen Stellen nötigen Mittel. Und da zur Zeit bei den öffentlichen Ausgaben auf allen Seiten und in allen Bereichen, vom Wehretat über die Bildungsleistungen bis zur Entwicklungshilfe gespart und selbst in gesetzliche Leistungen eingegriffen werden muß, ist von dorthier für absehbare Zeit Besserung auch nicht zu erwarten.

Aber es wäre verfehlt, die Gründe allein dort zu suchen. Es ist zu schlicht, wenn die Träger das Fehlen eines ausreichenden Angebots allein dem Staat anlasten. Es gibt widerstrebende Probleme in den Einrichtungen, den Trägern und deren Personal selbst. Jugendliche, die sich noch in der Phase der Selbstexperimentation befinden und sich einem solchen Dienst unterziehen, haben ihre starken und ihre

schwachen Seiten. Sie bringen Idealismus mit, haben Erwartungen, aber nicht jeder und jede ist den Belastungen eines solchen Dienstes auf Antrieb gewachsen. Die jungen Menschen brauchen Begleitung, erfordern Geduld. Mit Einführungsseminaren und Begleitgesprächen allein ist es noch nicht getan. Die Probleme müssen vor Ort bewältigt werden. Das bringt Sand ins Getriebe der Arbeitsorganisation, stellt zusätzliche Anforderungen an das „normale“ Personal.

Die jungen Freiwilligen geraten in das ein Stückweit natürliche Spannungsverhältnis Hilfskräfte – Professionalisierung. Mehr Hilfs- und Anlernkräfte belasten nicht nur die Arbeitsweise und Arbeitszeit der ausgebildeten Kräfte; sie stellen in den Augen der Profis vielmehr eine Bedrohung des eigenen Berufsbildes dar. Man will dem Eindruck entgegenwirken: „Pflegen kann jeder“, weil man darin eine Abwertung der eigenen Leistung sieht. Die in den Trägereinrichtungen und von Pfleger- und Schwesternvertretern ventilierte Faustregel „Es dürfen keine Dienstleistungen fehlen, wenn freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausfallen“, macht deutlich, wo der Schuh drückt.

Natürlich sind Hilfskräfte, die in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden sollen und zugleich besonderer Rücksicht bedürfen, die aber, sobald sie „integriert“ sind, ihren Dienst wieder beenden, immer irgendwie unbequem. Aber es ist auch nicht gerade ein Zeichen von Beweglichkeit in den pflegerischen und sonstigen sozialen Einrichtungen, wenn man sich davon allzu sehr beeindruckt läßt oder daraus gar einen Vorwand strickt, um interessiert nachfragende junge Menschen abweisen zu können.

Gegenwärtig wird von politischer Seite immer wieder die Einführung eines Sozialen Pflichtjahres gefordert, und sei es auch nur, um im erwarteten Übergang von der Rekruten- zur Berufsarmee Probleme der Wehrgerechtigkeit zu lösen. Da wäre es doch doppelt an der Zeit, erst einmal die Nachfrage der Freiwilligen zu befriedigen. Dann kann man weitersehen. se